

Ich danke meinem ganzen Kabinett. Es ist immer schwierig mit der Nennung von Namen, aber ich mache es. Ich danke dem federführenden Finanzminister Markus Söder und seinem Staatssekretär Albert Füracker. Auch wenn das ganze Kabinett gut zusammenwirkt und jedes Haus für seinen Haushalt kämpft, muss doch einer die Federführung übernehmen. Deshalb danke an mein ganzes Kabinett, an den Finanzminister und seinen Staatssekretär.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Nachdem der Ministerpräsident selbst keinen Dank bekommt, muss ich das immer selber erledigen.

(Allgemeine Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kreuzer spricht noch!)

Warten wir einmal, was Thomas Kreuzer anschließend und Markus Söder am Donnerstag sagen. Für mich ist es die höchste Auszeichnung, wenn ich außerhalb Bayerns, egal ob in anderen Bundesländern, in der Bundeshauptstadt oder außerhalb Deutschlands, den Satz höre, der nicht ganz neu ist, der aber stimmt: Wir wollen dahin, wo ihr schon seid.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, die meinen in Urlaub!)

Das ist eine wunderbare Danksagung an die Politik des Freistaates Bayern.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Ministerpräsident. – Als Nächster hat Herr Kollege Rinderspacher das Wort. Bitte schön.

(Peter Winter (CSU): Da kommt schon der Dank!)

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrter Herr Vizepräsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer intensiven Plenardebatte über das Integrationsgesetz in der vergangenen Woche stehen nun drei Tage Haushaltsdebatte an. Einzelplan für Einzelplan wird beraten. Zum Auftakt ergibt sich die Gelegenheit zur Generalaussprache. Was läuft gut in Bayern, was läuft weniger gut? Wo gibt es Nachholbedarf? Woher kommen wir, wo stehen wir, wo wollen wir hin? Wo bleibt die Regierung gegebenenfalls hinter ihren Versprechungen zurück? Wo liegen die unterschiedlichen politischen Schwerpunkte der Fraktionen?

Nachdem der Ministerpräsident den Verdacht hatte, dass er von seinem eigenen Fraktionsvorsitzenden, von dem der CSU, keinen Dank erhält, möchte ich mich bei Ihnen, Herr Seehofer, beim Parteivorsitzen-

den der CSU für die Zusammenarbeit unserer Parteien in der Bundesregierung bedanken. Sie war ganz gewiss nicht immer ohne Reibung und ohne Kollision. Darauf werde ich gleich zurückkommen. Aber die Bundesregierung aus CDU, SPD und CSU hat 2016 trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen einige wichtige Vorhaben in großer Gemeinsamkeit auf den Weg gebracht. Sie haben es bereits erwähnt: Wir haben nach einem umfangreichen Beteiligungsprozess gemeinsam das Bundesteilhabegesetz beschlossen, das die Leistungen für Menschen mit Behinderungen neu regelt. Das ist die größte Sozialreform seit 15 Jahren, ein Wendepunkt in der Behindertenpolitik. Künftig wird der Blick nicht mehr darauf gerichtet, was Menschen mit Behinderungen nicht können, sondern darauf, was sie zu leisten imstande sind. Das Bundesteilhabegesetz ist ein wichtiger Schritt hin zur weiteren Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Weitere Schritte müssen und werden folgen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in großer Gemeinsamkeit ein neues Pflegegesetz beschlossen. Es sichert die Versorgung in der Pflege und verbessert die Pflegeberatung vor Ort. Wir haben den Gesetzentwurf zur Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen beschlossen. Das war uns, der SPD, besonders wichtig. Das Gesetz wird am 1. April 2017 in Kraft treten. Auf Druck unserer Partei konnte ein wichtiger Durchbruch im Kampf gegen den Missbrauch erzielt werden: Equal Pay nach neun Monaten bei einer Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten. Das war die größte arbeitsmarktpolitische Reform der letzten Jahrzehnte. Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Partei waren zunächst dagegen, haben aber dann doch mitgemacht. Auch hierfür ein Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Das BAföG, eines der größten sozialdemokratischen Projekte für mehr Chancengleichheit, ist ebenfalls verbessert worden. Seit 2015 trägt allein der Bund die Kosten für das BAföG. So entlastet er die Länder um jährlich 1,17 Milliarden Euro. Außerdem steigen die BAföG-Sätze für Studierende deutlich. Die Kommunen werden bei den Sozialausgaben künftig jährlich um 5 Milliarden Euro entlastet. Seit die SPD mitregiert, ist sogar der Haushalt des Ministeriums für Entwicklungshilfe um satte 35 % gestiegen. Er wurde um 1,1 Milliarden Euro aufgestockt.

(Beifall bei der SPD)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere gemeinsame Bundesregierung hat ganz offensichtlich 2016 eine bisweilen sehr gute, zumindest aber ordentliche

Bilanz vorzulegen mit wichtigen Entscheidungen, die auch für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern gut sind. Deutschland ist im Jahr 2016 ein Stück sozialer, demokratischer und in der Gesellschaftspolitik moderner und menschlicher geworden. Das war alles in allem ein gutes Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bedanke mich bei unserem politischen Partner im Bund für die gemeinsamen Entscheidungen.

(Beifall bei der SPD)

Seitens der SPD sage ich aber auch: Nicht alles, was gut gemeint ist, ist automatisch auch gut gemacht. Die SPD wird sich in den nächsten Monaten sehr genau anschauen haben, ob die sogenannte Dobrindt-Maut nach den vielen Veränderungen der letzten Monate und Jahre am Ende überhaupt noch einen Sinn ergibt. Der Bundesrechnungshof hat intensive Zweifel angemeldet, ob die Maut am Ende nicht doch ein Draufzahlgeschäft ist. Das Versprechen der CSU von Mehreinnahmen für die Infrastruktur endet womöglich bei Mehrausgaben für Staat, Bürger und Autofahrer. Das darf nicht sein. Herr Ministerpräsident, ziehen Sie dieses Projekt besser zurück, bevor es letztlich in einer Blamage endet.

(Beifall bei der SPD)

Das Jahr 2016 wird vielen Bürgerinnen und Bürgern – so fürchte ich – nicht als ein Jahr der Neuerungen, der gesetzgeberischen Innovation, der Verbesserung der Lebensqualität in Erinnerung bleiben. Vielen Menschen in Deutschland wird es vielmehr als ein Jahr des politischen Streits und der politischen Zwietracht in Erinnerung bleiben, und zwar aus einem Grund: Die CSU, die kleinste Partei des Deutschen Bundestages, ist nicht als Regierungspartei, sondern vorwiegend als Opposition gegen die eigene Bundesregierung und die eigene Bundeskanzlerin in Erscheinung getreten. Der ständige Streit zwischen CSU und CDU lenkt von den wichtigsten, den zentralen Entscheidungen in unserem Lande ab. Er zeigt aber auch: Die SPD ist der konstruktive Teil der Bundesregierung. Deshalb können wir damit relativ gelassen umgehen.

(Karl Freller (CSU): Das ist eine Haushaltsdebatte!)

Aber es ist unverkennbar: Zehn Monate vor der Bundestagswahl hat die CSU der Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel ein Auftrittsverbot in Bayern verpasst.

(Zurufe von der CSU: Haushalt, Haushalt!)

Um ein Pfeifkonzert für die eigene Spitzenkandidatin zu vermeiden, musste sie beim CSU-Parteitag drau-

ßen bleiben – ein in der politischen Historie der Bundesrepublik einmaliger Vorgang.

(Beifall bei der SPD)

So stehen weniger die guten gemeinsamen Entscheidungen im Vordergrund. Die Demontage der deutschen Bundeskanzlerin durch die Christlich-Soziale Union zeigt Wirkung. Sie hat den letzten Rest an Autorität verloren. Das Ansehen der Kanzlerin ist schwerstens beschädigt.

(Karl Freller (CSU): Wir sind beim Haushalt!)

Sie genießt keinerlei Rückhalt mehr. Sehr zu unserem Bedauern fehlt es ihr an Führungsstärke, der Schwesterpartei in Bayern Grenzen aufzuzeigen.

(Beifall bei der SPD)

So war die CSU ganz offensichtlich in der deutschen Bundesregierung in vielen Bereichen zu einer konstruktiven Kooperation nicht willens. In Bayern gibt es für die Regierungspartei der absoluten Mehrheit ohnehin keine echte Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Eines ist klar: Die absolute Mehrheit verführt definitiv zur Selbstüberschätzung, zum Hochmut, zur Trägheit. Die Regierung verlagert ihre politische Energie weg vom Regieren hin zum Marketing in eigener Sache. Wichtige Probleme werden vertagt, die Regierung konzentriert sich vorwiegend auf Machterhalt und Machtausbau. So ist die Bayerische Staatsregierung im Jahr 2016 mehrfach auf Kollisionskurs mit dem Grundgesetz und unserer Bayerischen Verfassung geraten. Wir freuen uns sehr, als diejenigen, die in der Tradition des Vaters der Bayerischen Verfassung stehen, Wilhelm Hoegner, dass Sie, Herr Ministerpräsident, die Bayerische Verfassung heute noch einmal gewürdigt haben. Etwas mehr Respekt vor der Bayerischen Verfassung in der täglichen Politik wäre allerdings durchaus angebracht.

(Beifall bei der SPD)

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat erst vor wenigen Wochen die gesetzgeberische Vortäuschung einer Volksbefragung – sie war als ein Kampfinstrument der bayerischen Regierung gegen die Opposition gedacht – für nichtig und verfassungswidrig erklärt. Das Instrument – ich zitiere die Entscheidung – erweitert das Staatsgefüge um ein neues Element, das geeignet ist, das von der Verfassung vorgegebene Kräfteverhältnis der Organe und ihrer Gestaltungsspielräume zu beeinflussen. – Auf Deutsch: Das Gericht ließ es der CSU nicht durchgehen, sich ein zusätzliches Instrument des Machterhalts und des Machtausbaus zu schaffen. Das ist ein Rückschlag für

Sie selbst, Herr Ministerpräsident. Ich finde aber, das ist ein schöner Erfolg für die Demokratie in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

In meiner Amtszeit als Fraktionsvorsitzender der SPD hier im Hohen Hause ist das nun schon die dritte erfolgreiche Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. So viel zu Ihrem Respekt vor der Bayerischen Verfassung. In den Jahren zuvor wurde bereits die Resonanzstudienaffäre vom Gericht aufgeklärt. Dabei ging es um Umfragen zum Nutzen der CSU auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Kurz darauf wurde die sogenannte Verwandtschaftsaffäre mehrerer Kabinettsmitglieder behandelt, die das Gericht ebenso wie die Opposition im Parlament gegenüber der Öffentlichkeit transparent dargestellt wissen wollte.

Meine Damen und Herren, wer die Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs über die Jahre hinweg verfolgt, erkennt sehr schnell: Immer wieder wird die CSU dabei ertappt, wie sie sich den bayerischen Staat an der einen oder anderen Stelle regelrecht zur Beute machen will. Wir widersetzen uns dieser Arroganz der Macht.

(Unruhe bei der CSU)

Eines muss klar sein: Bayern ist nicht die CSU, und die CSU ist nicht Bayern. Diese Gleichung geht nicht auf. Wir werden den Freistaat nicht einer einzelnen Partei überlassen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Auch beim zweiten zentralen Gesetz dieser Wahlperiode neben dem wichtigen verfassungswidrigen Gesetz zur sogenannten Volksbefragung steht infrage, ob es verfassungskonform ist. Das sogenannte Integrationsgesetz ist ein Ausgrenzungsgesetz. Deshalb erkläre ich für die SPD, dass wir uns gezwungen sehen, auch in diesem Fall das Verfassungsgericht zur Überprüfung des Gesetzes anzurufen. Zugleich gilt mein Dank den Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, die dieses Gesetz mit Kompetenz und Glaubwürdigkeit in der letzten Woche intensiv beraten haben.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich ging es in den letzten Monaten, mindestens aber eineinhalb Jahren sehr viel um Flüchtlingspolitik, um Asylpolitik und um Ausländerpolitik. Sie haben mit einer Verfassungsänderung für das Jahr 2018 angekündigt, das Thema Ausländerpolitik in den Mittelpunkt der Wahlauseinandersetzung rücken zu wollen. Andere Themen, die für Bayern wich-

tig sind, bleiben dabei unterbelichtet, vor allem die soziale Spaltung in unserem Land: Auf 3.500 Einkommensmillionäre in diesem Land kommen mittlerweile 1,8 Millionen Menschen an oder unterhalb der Armutsgrenze, Herr Ministerpräsident. Es ist aber Auftrag der Bayerischen Verfassung, dafür zu sorgen, dass sich diese Kluft nicht weiter vertieft. Wenn ich mir aber den bayerischen Staatshaushalt ansehe, kann ich nicht erkennen, dass hier der Bayerischen Verfassung wirklich Rechnung getragen wird.

Wir sagen als SPD: Bayern wird gerechter, wenn wir die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen entlasten. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass Konzerne wie Starbucks ebenso Steuern zahlen wie das familienbetriebene Café um die Ecke. Heute zahlt jeder Handwerker deutlich mehr Steuern und Abgaben als Apple und Google, weil die sich arm rechnen. Das muss sich ändern. Für uns ist es ein Unding, wenn Finanzminister Söder sich im europäischen Steuerstreit an die Seite des amerikanischen Konzerns Apple stellt. Die Großen lässt man laufen, die Kleinen schröpft man. Dieses Söder'sche Gesetz darf nicht die Leitlinie für die Steuerpolitik Bayerns bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Solche Steuervermeidungsstrategien großer Konzerne rauben dem Gemeinwesen enorme Beträge. Da müssen wir ran.

Als Familienpartei Bayerns ist es uns als SPD ein besonderes Anliegen, die Familien in Bayern zu entlasten. Das kann und muss nicht nur über die Steuer geschehen. Sie haben gesagt, dass Herr Schäuble von einer Steuersenkung von 15 Milliarden Euro nach der Bundestagswahl gesprochen hat. Das wäre im Übrigen eine Steuerentlastung für eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern auch in Bayern von etwa 25 bis 35 Euro im Monat. Tatsächlich – es ist richtig – müssen wir auch an die Mittelschicht, an die Leistungsträger unserer Gesellschaft denken. Wir als SPD sagen: Wir haben es auch landespolitisch in der Hand, und Bayern wird gerechter, wenn Eltern beispielsweise von Kindergartengebühren entlastet werden. Die Entlastungswirkung für Familien ist hierdurch viel größer als bei einer Veränderung des Steuersystems durch Herrn Schäuble. Wenn nämlich beispielsweise wie in Rheinland-Pfalz künftig der Staat die Kindergartengebühren übernimmt, anstatt sie den Familien zu überlassen, entlastet das die Familien um 150, 200, 250 oder 300 Euro und mehr, und das jeden Monat, meine Damen und Herren. Das ist eine Politik der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ziel muss es sein, jedem Kind Zugang zu guten frühkindlichen Bildungsangeboten zu ermöglichen, unabhängig von seiner Herkunft und von der Größe des Geldbeutels seiner Eltern. In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für eine erfolgreiche Entwicklung und Bildungsbiografie gelegt. Das haben zahlreiche Studien in der Vergangenheit nachgewiesen. Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen; sie müssen daher aus unserer Sicht wie der Schulbesuch kostenfrei sein.

(Beifall bei der SPD)

Und tatsächlich haben wir gerade in diesem Bereich sehr großen Nachholbedarf. Der Bildungsmonitor 2016 des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln hat im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – beides ganz gewiss keine sozialdemokratischen Vorfeld-Organisationen – dargestellt, dass auch bei Qualität und Quantität von Kinderbetreuungseinrichtungen in Bayern deutlich mehr geschehen muss. So heißt es mit Blick auf den Freistaat in der Studie wörtlich: "Der Anteil der Kindergarten- und Grundschulkinder in Ganztageseinrichtungen ist im bundesweiten Vergleich sehr niedrig." Der Bildungsmonitor zeigt auf, dass der Anteil der ganztags betreuten Kinder zwischen drei und sechs Jahren im Jahr 2015 einen Wert von 34 % erreichte, während im Bundesdurchschnitt 44 % aller Kinder dieser Altersgruppe ganztags betreut werden. Von den zehn Städten und Landkreisen mit der bundesweit niedrigsten Quote betreuter Kinder unter drei Jahren lagen im Übrigen letztes Jahr tatsächlich acht in Bayern: Stadt Straubing, Stadt Kaufbeuren, Landkreis Regen, Landkreis Kelheim, Landkreis Traunstein, Landkreis Freyung-Grafenau, Landkreis Unterallgäu und das Berchtesgadener Land mit dem bundesweit niedrigsten Anteil an betreuten Kindern von 13 %.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Dort betreuen eben die Eltern selber ihre Kinder!)

Tatsächlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir jeden Euro nur einmal ausgeben und dürfen Finanzmittel nicht krass fehlsteuern. Solange es diese eklatanten Lücken im System der frühkindlichen Bildung gibt, ist das Betreuungsgeld, das Sie hier heute noch einmal gepriesen haben, Herr Ministerpräsident, und für das Sie bis zum Jahr 2021 mehr als eine Milliarde Euro ausgeben wollen, eine krasse Fehlinvestition. Wir brauchen dieses Geld an anderer Stelle.

(Beifall bei der CSU)

Das Betreuungsgeld sehen wir als Prämie für das Fernhalten von Bildungschancen.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Es gibt auch schlaue Eltern in Bayern!)

Dieses Geld müsste in 20.000 Kita-Plätze investiert werden, die in Bayern fehlen, in 11.000 Erzieherinnen und Erzieher, die in Bayern fehlen und die auch zu wenig verdienen. Parallel dazu werden wir eine Qualitätsoffensive auf den Weg bringen müssen; denn für uns gilt das Postulat in der Bayerischen Verfassung: "Kinder sind das köstlichste Gut eines Volkes". Das hat der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner in die Verfassung geschrieben. Wir nehmen das als Arbeitnehmer- und Familienpartei Bayerns sehr ernst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Überrascht bin ich, wenn Sie die Bayerische Verfassung zitieren und dabei einen ganz zentralen Artikel weglassen, nämlich das Verfassungspostulat, dass es Aufgabe des Freistaats und seiner Kommunen ist, für billige Volkswohnungen im Freistaat Sorge zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sagen wir: Um den Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf Familien, auf Rentner zu senken, müssen wir für bezahlbares Wohnen in unserem Land mehr tun. Wohnen ist in Bayern heute bereits teurer als in den meisten anderen Bundesländern. Im Vergleich der Flächenstaaten belegt Bayern nach einer Immonet-Studie aus dem Jahr 2014 hinter Hessen Rang 2. Dabei ist vor allem das Mietpreisniveau in den Großstädten und Boomregionen stetig gestiegen. So liegen sechs der fünfzehn deutschen Großstädte, die zwischen 2009 und 2014 die stärksten Mietpreisanstiege zu verzeichnen hatten, in Bayern: Ingolstadt, Fürth, Würzburg, Augsburg, Nürnberg und Regensburg. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die 2015 veröffentlichte Wohnungsmarktprognose 2030 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung sagt für die bayerischen Metropolregionen steigende Wohnflächennachfragen von zum Teil über 10 % bis 2030 voraus.

Vor diesem Hintergrund und angesichts dieser Entwicklungen braucht es einen Staat, der fähig und willens ist, zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner regulierend in den bayerischen Wohnungsmarkt einzugreifen, einen Staat also, der es sich zum Ziel setzt, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, zumal das auch eine Vorgabe unserer Bayerischen Verfassung ist, einen Staat, der Bautätigkeit fördert, Kommunen wirkungsvoll unterstützt und eine Wohnungspolitik betreibt, die sich der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlt. Die aktuelle Wohnungsnot im Freistaat – nach unseren Berechnungen fehlen mindestens 100.000 Wohnungen in den nächsten fünf

Jahren – ist ganz wesentlich auf die jahrelange Untätigkeit der Staatsregierung in der Wohnungspolitik zurückzuführen. So wurde die GBW, die ehemals staats-eigene Immobilientochter der Landesbank, 2013 ohne Not von der Staatsregierung privatisiert, mit der Folge, dass die 85.000 Mieterinnen und Mieter der GBW gezwungen waren, teils drastische Mieterhöhungen hinzunehmen, obwohl ihre Wohnungen einstmals von der öffentlichen Hand gefördert worden waren.

Der Haushaltsplan für die Jahre 2017 und 2018, den wir in diesen drei Tagen beraten, sieht trotzdem nicht etwa einen Aufwuchs der Mittel für die Wohnraumförderung vor, sondern einen deutlichen Rückgang der Landesmittel von 160 Millionen Euro in 2015 auf 87 Millionen Euro in 2017. Das ist nahezu eine Halbierung. Wir als SPD wollen in den kommenden fünf Jahren 100.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen in den bayerischen Ballungsräumen und Boomregionen, aber auch im ländlichen Raum schaffen, um den Bedarf in Bayern decken zu können. Ein erster kraftvoller Schritt könnte endlich im neuen Doppelhaushalt erfolgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist an uns, dies jetzt umzusetzen.

Schaffung billiger Volkswohnungen, wie es in der Bayerischen Verfassung heißt, Herr Ministerpräsident: Verfassungsauftrag nicht erfüllt. Und tatsächlich ist es an uns in der deutschen Bundesregierung, das von Ihnen heute hier vorgeschlagene Baukindergeld, ursprünglich eine Idee der SPD-Ministerin Hendricks, tatsächlich noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Wir befürchten, Sie machen das sogenannte Baukindergeld zum Wahlkampfschlager der Jahre 2017 und 2018. Der Vorschlag wurde von der SPD-Ministerin unterbreitet. Lassen Sie uns das Baukindergeld noch in dieser Legislaturperiode gemeinsam beschließen, wenn Sie es wirklich ernst meinen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprachen davon, dass Bildungsgerechtigkeit auch ein zentraler Auftrag unserer Bayerischen Verfassung sei.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das stimmt schon, oder?)

Tatsächlich kann man Ihnen da nur beipflichten. Sie haben übrigens diesbezüglich bereits 2013 ein bemerkenswertes Versprechen abgegeben; Sie haben für Bayern eine Ganztagsgarantie abgegeben. Ich zitiere: Bis 2018 gibt es in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Nun stellt sich die Realität hier und heute wie folgt dar: In Oberfranken ging die Zahl der Grundschüler im gebundenen Ganztags von 4,8 auf 4,6 % im Schuljahr 2015/16 zurück. Auch in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten sank die Zahl der Grundschüler im Ganztags, in Rosenheim von 8,5 auf 7,9 %. Im Landkreis Hof ging die Zahl der Gymnasiasten, die eine Ganztagsklasse besuchen, von 7,1 auf 6,6 % zurück. Sie sprachen von einer Ganztagsgarantie. Dabei gibt es an den staatlichen Realschulen in 65 Landkreisen und kreisfreien Städten noch kein einziges gebundenes Ganztagsangebot.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Bei den Gymnasien besteht in 57 Landkreisen und kreisfreien Städten kein einziges entsprechendes Ganztagsangebot. Das ist die Garantie, die Sie abgegeben haben. Leider hat sich in den letzten drei Jahren Ihrer Regierungszeit hier überhaupt nichts getan.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Doch!)

Im Gegenteil ist es noch ein Stück weit schlechter geworden, wie man erkennt, wenn man sich die Statistiken anschaut.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU hat den SPD-Gesetzentwurf zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz am 12. Juli 2016 im Plenum des Bayerischen Landtags abgelehnt. Nüchtern betrachtet muss man sagen: Ihre Ganztagsgarantie hat sich regelrecht pulverisiert.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Ein zweites Versprechen haben Sie abgegeben. 2013 haben Sie – auch vor dem Hintergrund Ihres Bestrebens, soziale Gerechtigkeit voranzutreiben; das war ja heute auch ein Stück weit der Tenor Ihrer Rede – ein richtig schönes Präsent versprochen, nämlich, Bayern innerhalb von zehn Jahren barrierefrei zu machen. Die Euphorie war groß. Es gab großen Applaus im Bayerischen Landtag. Aber heute wissen wir: Wenn Sie die Haushalte weiter so festschreiben wie bisher, wird Bayern nicht 2023, sondern erst in mehr als 120 Jahren tatsächlich barrierefrei werden.

(Lachen bei der CSU)

Schauen wir uns doch einmal die Zahlen von Oberfranken an, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß nicht, ob Ihnen da noch nach Lachen ist, insbesondere auch unseren Zuschauern auf der Tribüne. In Oberfranken sind 78 von 112 Bahnhöfen gegenwärtig nicht

barrierefrei, also für Menschen mit Behinderung, für Rollstuhlfahrer, aber auch für Familien mit einem Kinderwagen nicht zugänglich. 78 von 112 – das sind 70 % – sind nicht barrierefrei. Nun hat die Bayerische Staatsregierung ein Paket für barrierefreies Bayern 2013 bis 2018 ausgelobt; man möchte da etwas tun. Was glauben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU – vielleicht wissen Sie es nicht –, wie viele Bahnhöfe von diesen 70 bis 2018 von Ihrer Regierung tatsächlich barrierefrei gemacht werden? Gibt es Schätzungen? – Ich sage es Ihnen: Ein einziger von 70, nämlich der Bahnhof in Coburg. 69 bleiben nicht barrierefrei. Was wir brauchen, ist ein echtes Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit zur Beseitigung von Zugangshindernissen und Barrieren im öffentlichen Raum. Das ist das, was wir jetzt brauchen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Gestatten Sie mir angesichts der fortgeschrittenen Zeit noch einige zusammenfassende Feststellungen in Kurzform. Erstens. Die CSU war 2016 vornehmlich damit befasst, dem einstigen Leitsatz von Franz Josef Strauß Genüge zu tun, die CSU dürfe keinen politischen Wettbewerber rechts von sich dulden. Sie hat damit nicht nur die AfD in Bayern größer gemacht als notwendig, sondern auch der demokratischen politischen Kultur in unserem Land einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU war in Bayern 2016 fast ausschließlich Bundespartei und nicht landespolitische Kraft. Der ewige Streit mit Frau Merkel, der bis heute andauert, stand im Mittelpunkt Ihrer Politik. Auf Landespolitik wurde stellenweise regelrecht verzichtet.

Zweitens. Die Bayerische Staatsregierung hat 2016 Chancen verpasst und Hausaufgaben liegen gelassen. Hier ein paar harte Zahlen und ein paar harte Fakten: sechs Millionen ausgefallene Unterrichtsstunden an den bayerischen Schulen, zwei Millionen Überstunden bei der bayerischen Polizei – ein neuer Rekordwert –, eine halbe Million Überstunden an den 37 Justizvollzugsanstalten von Aichach bis Würzburg, 36 % des Staatsstraßennetzes – fast 5.000 km – und 1.400 Staatsbrücken dringend sanierungsbedürftig.

Drittens. Der Steuervollzug hat eklatante Lücken, wovon vor allem Reiche und Superreiche profitieren und worunter vor allem die Gemeinwohlfinanzierung leidet.

Viertens. Das Land wird – anders, als Sie es versprochen haben – bis 2030 nicht schuldenfrei sein. Allein die Kürzungen bei der Pensionsvorsorge reißen in fünf Jahren eine Lücke von 1 Milliarde Euro – Ten-

denz steigend –, eine aufwachsende Summe, für die unsere Kinder und Enkelkinder eines Tages werden aufkommen müssen. Die Rücklage wird laut Ihrem Haushaltsplan in diesem Haushalt regelrecht geplündert. Wir hatten zum 31. Dezember 2015 eine Rücklage von 6,1 Milliarden Euro. 2016 sollen 2,5 Milliarden Euro für den laufenden Haushalt entnommen werden. 2017/18 sollen weitere 2 Milliarden Euro abfließen, und nach den Planungen im Doppelhaushalt soll die Rücklage Ende 2018 nur noch 1,5 Milliarden Euro statt 6,1 Milliarden Euro betragen. Das heißt, der Staatshaushalt lebt auf Kosten der Substanz, und auch die Schuldentilgung von 500 Millionen Euro pro Jahr erfolgt nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern aus der Rücklage. Der angekündigte Schuldenabbau bis 2030 ist vor diesem Hintergrund nichts als politische Propaganda und Schönrederei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens. Anders, als Sie es dargestellt haben, ist der zu diskutierende Haushalt kein Investitionshaushalt. Die Investitionsquote sinkt. Zu Beginn der Amtszeit Stoiber lag sie noch bei über 20 %. Davon ist sie heute meilenweit entfernt. Der Erhalt und der Ausbau der Infrastruktur können mit aktuellen Investitionen nicht gesichert werden. Damit werden Lasten in die Zukunft verschoben. Die sogenannten versteckten, impliziten Schulden, wie sie der Oberste Rechnungshof einmal nannte, steigen. Positive Ausnahmen waren die Jahre 2009 und 2010. Da lag die Investitionsquote noch bei 13,6 % bzw. 13,8 % – aber nur deshalb, weil es damals das kommunale Investitionsprogramm des Bundes gab. Im Jahr 2015 waren es 11,8 %, und in diesem Jahr sind es 11,7 %. 2018 werden es nur noch 11,5 % sein. Das bedeutet: Es gibt einen regelrechten Verfall der Investitionsquote.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um der Bayerischen Verfassung gerecht zu werden, müssen wir deutlich mehr tun, als der Ministerpräsident heute angekündigt hat. Die Bayerische Verfassung ist nämlich nicht nur eine Charta der Freiheit, sondern auch ein Plädoyer für Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit, und diese will organisiert sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD vermissen vor allem Investitionen in soziale Gerechtigkeit, in kostenfreie Kitas und in bezahlbaren Wohnraum. Zumindest das konnte ich heute ausführen. Die Sozialdemokratie im Hohen Hause wird sich auch im Jahr 2017 für mehr Gerechtigkeit in Bayern einsetzen. 1,8 Millionen Menschen in Bayern unterhalb der Armutsgrenze – ich wiederhole die Zahl: 1,8 Millionen Menschen: Das ist eine Feststellung, vor

deren Hintergrund sich politische Selbstgerechtigkeit und politische Selbstzufriedenheit verbieten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch wenn die CSU alle unsere Anträge zur Armutsbekämpfung, zur Stärkung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Entlastung der Familien in Bayern und für eine moderne Gleichstellungspolitik im Allgemeinen und im Besonderen auch dieses Jahr abgelehnt hat, bleiben wir als SPD hartnäckig dran. Ganz augenscheinlich ist: Der politische Wettbewerb wird 2017 in Bayern weiter zunehmen. Die CSU bekommt Druck von rechts, von der AfD.

(Max Gibis (CSU): Ach, nicht schon wieder!)

– Aber selbstverständlich. Sie bekommen Druck von rechts, von der AfD – diesen Druck haben Sie zum Teil selbst mit befördert –, und Sie bekommen Druck von Mitte links, auch von der SPD. Wir stehen für eine solidarische, offene Gesellschaft und ein soziales Miteinander ein. Diesen Platz der sozialen Gerechtigkeit im Bayerischen Landtag wird die Sozialdemokratie auch weiter besetzen und ausfüllen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Eine Zwischenbemerkung des Kollegen Steiner.

**Klaus Steiner (CSU):** Herr Rinderspacher, ich finde es sehr schade, dass Sie in Ihrer grundsätzlichen Rede wichtige Sachverhalte so oberflächlich behandeln und ansprechen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie uns mehr Redezeit gäben!)

Sie hatten die Kinderbetreuungsquote in den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein genannt – den Landkreisen, aus denen Frau Kollegin Kaniber und ich kommen. In der Tat haben wir eine sehr niedrige Betreuungsquote von 13,9 %. Aber warum verstehen Sie nicht, welche Hintergründe das hat? In diesen Regionen werden diese Einrichtungen einfach nicht nachgefragt,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

weil die Eltern die Kleinkinder zu Hause betreuen wollen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Die Sozialraumanalyse des Landkreises Traunstein gibt über genau diese Gegebenheiten sehr detailliert

Auskunft. Diese Einrichtungen werden nicht in dem Maße nachgefragt wie in den Großstädten. Ich wehre mich dagegen, dass Sie die Situation hier so darstellen und das aus ideologischen Gründen quasi nicht zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von der SPD: Fünfzigerjahre!)

Es gibt eben sehr viele Mütter und Väter, sehr viele Familien, die ihre Kinder zu Hause haben wollen. Die Strukturen in unseren Landkreisen sind nun einmal so. Man kann dies heile Welt nennen oder wie auch immer, aber die Eltern wollen ihre Kinder in diesem Alter hauptsächlich daheim betreuen und nicht mit zwei, drei Jahren oder mit einem Jahr irgendwo abgeben und abstellen.

(Beifall bei der CSU – Natascha Kohnen (SPD): Buh! "Irgendwo abstellen"! Das ist ja wohl eine Frechheit!)

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Kollege, mir ist nicht eingängig, was Sie formuliert haben

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

und warum die Menschen im Berchtesgadener Land oder im Landkreis Traunstein so ganz anders ticken sollten als beispielsweise im Landkreis Coburg, wo es mit die höchste Kinderbetreuungsquote überhaupt gibt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist mir überhaupt nicht eingängig. Ich muss Ihnen sagen, ich bin viel in Bayern unterwegs, auch bei Ihnen im Stimmkreis. Ich habe ganz andere Rückmeldungen, im Übrigen auch von CSU-Kommunalpolitikern. Die erklären mir regelmäßig: Wenn wir eine Kita aufmachen oder eine Krippe, dann sind die Plätze in kürzester Zeit belegt, und wir sind dazu verpflichtet, die nächste Krippe aufzumachen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Einlassung, dass eine Kinderbetreuungsquote von 13 % – in München sind es, glaube ich, 70 % oder 75 % – tatsächlich ausreichen soll, nehmen wir zur Kenntnis. Ich glaube, die Familien auch bei Ihnen zu Hause haben andere Bedürfnisse. Ich finde, der Freistaat sollte diese Bedürfnisse entsprechend befriedigen.

(Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Moment bitte, wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Celina, bitte.